

Berichte

Verrat? Fakten – Fiktionen – Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts (Teil III)

Harald Lange

Der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung schloß seine gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführten Veranstaltungen zum genannten Thema am 7. Oktober 2005 mit dem Teil III ab. Er wandte sich schwerpunktmäßig den innerparteilichen Verratsvorwürfen der kommunistischen Parteien zu. Die I. Tagung hatte am 26. September 2003 stattgefunden.¹ Dort waren Fragen des kommunistischen Selbstverständnisses, des Stalinismus und andere mit dem Hauptthema in Verbindung stehende Grundsatzprobleme diskutiert worden. Die II. Tagung am 29. und 30. Oktober 2004 hatte sich mit den Verratsvorwürfen innerhalb und gegen die SPD sowie mit anderen konkreten Vorgängen, insbesondere in der kommunistischen Weltbewegung, befaßt, in denen „Verrat“ und „Abweichlerum“ eine Rolle spielten.

In allen drei Veranstaltungen gab es höchst interessante und detailreiche Vorträge, an die sich lebhaftere, z. T. kontroverse und mitunter aus eigenem Erleben gespeiste Diskussionen anschlossen. Leider ließ die Teilnahme zu wünschen übrig. Zumeist waren nur zwischen 25 und 40 Personen anwesend. Vielleicht findet die vorgesehene Publikation der Vorträge aus den drei Veranstaltungen, ergänzt um Beiträge von Personen, die nicht zu den Tagungen anreisen konnten, ein größeres Publikum. Zu wünschen wäre es, denn so umfassend und differenziert ist dieses wichtige Thema noch nirgendwo behandelt worden. Zwar werden in Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung „Abweichler“ und „Renegaten“ genannt, gegen die der Vorwurf des Verrats erhoben worden war. Doch die auf den drei Tagungen gebotene Fülle des Stoffs gestattete den Teilnehmern und gestattet den (hoffentlich zahlreichen) künftigen Lesern der angekündigten Publikation einen tieferen Einblick in die komplizierte Problematik des Verrats und führt zu einem umfassenderen Verständnis der Gründe für den Niedergang der kommunistischen Weltbewegung und der Auflösung des sozialistischen Staatensystems.

Eröffnet wurde der Teil III am 7. Oktober 2005 von *Jörn Schütrumpf* (Berlin), der das angekündigte Thema seines Vortrags „Paul Levi – zum Verrat unfähig“ geändert und ihm den Titel „Paul Levi – Verräter am Bolschewismus im Geiste Rosa Luxemburgs“ gegeben hatte. Diese Titeländerung weist in aller Kürze bereits auf die Ambivalenz des Begriffs „Verrat“ bzw. „Verräter“ hin, die auch in fast allen anderen Vorträgen und in der Diskussion einen wichtigen Platz einnahm. Schütrumpf befaß-

1 Siehe Bericht von Rolf Apel in *JahrBuch I/2004*, S.172-176.

te sich mit den Unterschieden im Parteiverständnis Lenins und Luxemburgs. Levi habe wie Rosa Luxemburg die Auffassung vertreten, das Proletariat solle sich durch die gelebte Praxis von der Alternative Barbarei oder Sozialismus überzeugen und damit einen Zuwachs an Selbstbewußtsein sowie die Fähigkeit zum eigenen Handeln gewinnen. Nach dem Heidelberger Parteitag der KPD im Oktober 1919, auf dem die Vertreter der revolutionären Phrase die Mehrheit stellten, und dann während des Mitteldeutschen Aufstands 1921, in dem die revolutionären Arbeiter verheizt wurden, sei er in einen prinzipiellen Gegensatz zum Kurs der Komintern geraten. Er trat schließlich vom Parteivorsitz zurück und nahm die Verdammung als „Verräter“ auf sich. Der Vortrag von *Harald Jentsch* (Frankfurt a. Main) zum Thema „Das Jahr 1923 und der Brandlerismus – Verrat an kommunistischen Prinzipien?“ schloß sich thematisch eng an die von Schütrumpf aufgeworfenen Fragen an. Brandler und Thalheimer hätten das Vorhandensein objektiver Voraussetzungen für einen Erfolg des Mitteldeutschen Aufstands in Frage gestellt. Der V. Weltkongreß der Komintern im Juli 1924 habe das zurückgewiesen und beider Verhalten als Feigheit und Verrat gewertet. Es sei wieder an den „permanenten Verrat“ der SPD erinnert worden. Die Einheitsfront von unten zu schmieden hieß fortan, sich entschieden gegen die SPD-Führung zu wenden. *Horst Helas* (Berlin) erinnerte in seinem Vortrag an die Wittorf-Affaire, die beinahe zur Ablösung Thälmanns geführt hätte, dann aber eine Wendung nahm, in der die „Versöhnler“ in die Ziellinie der Komintern gerieten.

In der Diskussion, die sich an diese ersten drei Vorträge angeschlossen, wies *Theodor Bergmann* (Stuttgart) darauf hin, daß eine wesentliche Ursache für die Feindseligkeit Stalins gegenüber Brandler und Thalheimer in deren Neutralität begründet gewesen sei, die sie in der Frage, wer Lenins Nachfolge antreten solle, an den Tag gelegt hätten. *Ulla Plener* (Berlin) hob die Tatsache hervor, daß bei allen Verratsvorwürfen, die es in den einzelnen Abteilungen der Arbeiterbewegung häufig gegeben habe, es nur im Parteikommunismus zu ausgesprochenen Exzessen gekommen sei.

Der zweite Teil der Tagung war Vorgängen in den Jahren nach 1945 gewidmet.

Theodor Bergmann referierte zum Thema „Liu Shaoqi – der chinesische Chruschtschow. Tragödie eines Kommunisten“. Er zeichnete den Lebensweg Lius kurz nach, der im Anschluß an den verfehlten „Großen Sprung nach vorn“ Staatspräsident geworden war und begonnen hatte, mit den Fehlern der Vergangenheit aufzuräumen. Nachdem Mao Zedong die „Kulturrevolution“ angezettelt hatte, wurde Liu verhaftet und zu einer umfassenden Selbstkritik veranlaßt. Dennoch wurden die Anklagen gegen ihn verschärft. 1969 starb er im Gefängnis. 1981 wurde er öffentlich rehabilitiert. Bergmann ging u. a. auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Entwicklung in der Sowjetunion und in China ein. Als Gemeinsamkeiten zwischen der KPdSU und der KP Chinas hob er vier Punkte hervor: Erstens die großen Defizite in der innerparteilichen Demokratie. Zweitens die Repressionen gegen Andersdenkende. Drittens die unkontrollierte Macht der Geheimdienste. Viertens die übermäßige Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Die KP Chinas habe sich jedoch auch in wenigstens vier Punkten von der KPdSU unterschieden. Erstens gab es in der KP Chinas immer zwei Linien. Zweitens konnte sich Zhou Enlai fast immer als ausgleichendes Element betätigen. Drittens konnten Reformen durchgesetzt werden; Fehler wurden

öffentlich eingestanden. Viertens sind die neuen Führer Chinas Opfer der „Kulturrevolution“ gewesen. Ihre Rehabilitation wurde mit grundsätzlichen politischen Schlußfolgerungen verbunden.

„Der Verratsvorwurf in der KPD Westdeutschlands 1948-1955“ wurde von *Herbert Mayer* (Berlin) behandelt. Die SED-Führung – so hob er hervor – habe von Anfang an Programmatik, Kaderentwicklung und Politik der Kommunistischen Partei in Westdeutschland bestimmt. Mit der Anti-Tito-Kampagne 1948/49 hätten die systematischen Parteisäuberungen begonnen. Die KP verlor fast ein Viertel ihrer Mitglieder. Nach der für die KPD enttäuschenden Bundestagswahl 1949 wurden Sündenböcke gesucht. Die SED forderte, die KPD von „Agenten“ zu säubern. Auch führende Funktionäre wurden verfolgt. Der stellvertretende Parteivorsitzende Kurt Müller wurde bei einem Aufenthalt in Ostberlin verhaftet. Im März 1951 wurde der Höhepunkt der Säuberungswelle erreicht. Auch der Umtausch der Mitgliedsbücher wurde für das Auffinden von „Agenten“ und „Verrätern“ genutzt. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 kam es nur in seltenen Fällen zu Rehabilitationen. Eine echte Aufarbeitung dieses Kapitels der Vergangenheit habe es in der KPD bis heute nicht gegeben.

Thomas Klein (Berlin/Potsdam) sprach zum „Verratsvorwurf in der Arbeit der ZPKK der SED 1948-1955“, wobei er grundsätzliche Fragen des Verratsvorwurfs in den Mittelpunkt seines Vortrags rückte. Der Zweck der Beschuldigungen habe in der öffentlichen Wirkung bestanden, die aus der negativen Assoziation mit Vertrauensbruch entstand. Je reibungsloser der Zugriff der Partei auf die Staatsmacht gewesen sei, desto stärker sei der Verratsvorwurf für die Gesellschaftsgestaltung brauchbar gewesen. Der Parteifeind wurde zum Staats- und Volksfeind. Schon Abweichungen aller Art konnten als Vorstufen zum Verrat gewertet werden. Denunziationen wurden somit automatisch zu einer staatsbürgerlichen Pflicht. Alle Parteimitglieder mußten an der „Jagd“ nach Feinden teilnehmen. Erreicht werden sollte eine möglichst vollständige Immunisierung der Partei gegen jeglichen Widerspruch oder Widerstand. Die nahezu optimale Tätigkeit der ZPKK habe wesentlich dazu beigetragen, daß das System der DDR relativ lange stabil blieb. Wichtig sei zudem der Einfluß der Vertreter der SMA gewesen, die stets darauf gedrängt hätten, keine „Opportunisten“ zu dulden. Sie müßten als „Geschwür im Körper der Partei“ entfernt werden. Der 17. Juni 1953 sei – so Klein – für die Parteiführung von einer traumatischen Dimension gewesen. Die Entwicklung 1968 in der ČSSR hätte den Druck noch verschärft. Nunmehr sei schon der Austritt aus der Partei als Verrat gewertet worden. Mit dem Übergang zum Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik habe sich dann in den 70er Jahren eine beachtliche Entwicklung vollzogen, in der sich die Einsicht verbreitete, daß nicht alles mit Gewalt erreicht werden könne. Gleichzeitig habe dieser Kurs jedoch auch zu einer Entpolitisierung der Arbeiterschaft geführt. Diese anfänglich für das Herrschaftssystem günstigen Wirkungen hätten sich umgekehrt, als die sozialen Wohltaten ihre Wirkung verloren und die völlige Isolierung der SED-Führung von der Bevölkerung immer deutlicher wurde.

Volkmar Schöneburg (Potsdam) sprach zum Thema „Der Verratsvorwurf in der politischen Strafjustiz der BRD und der DDR 1949-1961“. Er ging dabei zurück bis zum

Hochverratsparagrafen in der Weimarer Verfassung. In der seinerzeitigen Rechtsprechung seien auch bereits Vorbereitungen zum Hochverrat, z. T. auch Gesinnungen für strafwürdig erachtet worden. Nicht erst der sogenannte Volksgerichtshof der Nazis, schon das Reichsgericht der Weimarer Republik hätte den Paragraphen vornehmlich gegen Kommunisten genutzt. In der BRD sei 1951 durch das „Blitzgesetz“ der Hochverratsparagraf nicht nur reaktiviert, sondern zusätzlich durch neue Staatsschutznormen verschärft worden. Es habe z. B. den sog. Verfassungsverrat gegeben, mit dem man verbotene Kontakte zur DDR erfassen konnte. Der Bundesgerichtshof habe sogar argumentiert, daß Generalstreik und Massendemonstrationen als Gewaltanwendung zu verstehen seien und demgemäß bestraft werden könnten. In allen diesen Zusammenhängen habe es ca. 120.000 Ermittlungsverfahren und ca. 7.000 Verurteilungen gegeben, die in der BRD eine starke Disziplinierungswirkung entfalteten. Die seinerzeit in der DDR dazu veröffentlichte Literatur sei im großen und ganzen realistisch gewesen, wenn sie auch teilweise überhöhte Wertungen enthalten hätte. Dies habe jedoch in keiner Weise zu positiven Folgerungen für die eigene Rechtsprechung geführt. So wurde die zentrale Strafnorm der DDR, die Boykottethese, willkürlich gegen alles mögliche angewandt. Auch in der DDR seien bereits Vorbereitungshandlungen für strafwürdig erachtet worden. Über „Parteiverrat“ und auch „Staatsverrat“ wurde im Politbüro entschieden.

In der anschließenden Diskussion wurde erörtert, wie weit die mangelnde Souveränität der DDR gegenüber der UdSSR eine Rolle gespielt habe. Bergmann gab zu bedenken, daß der Widerstand nach 1945 in den sozialistischen Staaten danach zu differenzieren sei, ob er sich gegen den Staat gerichtet habe oder ob es darum gegangen sei, einen besseren Sozialismus zu erstreben. Die kommunistischen Parteien der westlichen Länder – so Klein – hätten den stalinistischen Kurs und damit den Kampf gegen „Abweichler“ und „Verräter“ mitgemacht, da es nicht plausibel gewesen wäre, wenn es in den grundsätzlichen Fragen wesentliche Unterschiede zur Praxis in den sozialistischen Ländern gegeben hätte.

Ein weiterer Gegenstand der Diskussion war der Begriff des „Totalitarismus“ und dessen unterschiedliche bzw. unterschiedslose Verwendung. Man war sich einig, daß es sich lohne, hierzu eine eigene Veranstaltung zu organisieren. Dazu könne man z.B. den 100. Geburtstag von Hannah Arendt im kommenden Jahr nutzen, deren Ausführungen zum Totalitarismus vielfach mißdeutet werden.

In ihrem Schlußwort wies Ulla Plener auf die verheerenden Folgen hin, die die gegenseitigen Verratsvorwürfe in der internationalen Arbeiterbewegung angerichtet hätten. Letzten Endes habe die in der kommunistischen Bewegung exzessiv betriebene Suche nach Verrätern zu beständigem Mißtrauen, zu Menschenverachtung, zur Sippenhaft und vielfach zu rechtswidrigen Todesurteilen geführt. Diese Diskreditierung der kommunistischen Idee habe zum Niedergang der kommunistischen Weltbewegung entscheidend beigetragen. Ohne Toleranz und ohne Anerkennung der objektiv bedingten Vielfalt sozialistischen Denkens sei die sozialistisch orientierte Bewegung nicht lebensfähig.